

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Übernimmt der Vorstand von „Läbigi Stadt“ neu auch vormundschaftliche Aufgaben in Bern?

Der rotgrüne Verein „Läbigi Stadt“ nimmt neu selbst in Nebenbereichen Einfluss auf unser Verhalten. Den Angaben der Medien musste jedenfalls entnommen werden, dass diese Organisation diesen Sommer bei der Autosharefirma Mobility die Entfernung eines 4x4 angetriebenen Audis Q3 aus der Stadt Bern durchsetzen konnte. Offenbar könnte nach Auffassung von „Läbigi Stadt“ das Angebot dieses Fahrzeuges die Berner zur „wenig ökologischen“ Anschaffung eines eigenen SUV verleiten. Der Audi Q3 wurde – gemäss Medienberichten – nach Thun verbannt und kann in der Stadt Bern somit nicht mehr abgeholt werden. Stadtberner, die auf ein geländegängiges 4x4 Fahrzeug angewiesen sind, weil sie abseits der Strasse oder bei hochwinterlichen Verhältnissen unterwegs sind, müssten nun zuerst nach Thun fahren oder auf einen anderen Anbieter von Mietfahrzeugen ausweichen. Sofern ein Berner einen Audi Q3¹ bei Mobility mieten und von Bern aus in den Jura fahren will, muss er zuerst nach Thun fahren und unnötige Kilometer zurücklegen. Es sei angefügt, dass die Stadt Bern offenbar die einzige Stadt ist, die die Mobility Audi Q3 aus dem Stadtgebiet verwies.

Nachdem die neuen städtischen Wohnüberbauungen nach den nebulösen Grundsätzen der 2000-Watt-Gesellschaft errichtet werden müssen, erreicht nun die Bevormundung von RGM bereits das Angebot an Mietwagen.

Auch aus rechtlichen Gesichtspunkten scheint dem Fragesteller diese Intervention von „Läbigi Stadt“ äusserst heikel. Zudem wird der Berner in seiner Freiheit, das seinen Bedürfnissen entsprechende Fahrzeug bei Mobility mieten zu können, empfindlich eingeschränkt. Wann wird „Läbigi Stadt“ bei Mobility das Vermieten von Fahrzeugen von über 50 PS verbieten? Wann werden die Veganer den Verkauf der betr. CO₂-Ausstosses nicht als ideal angesehenen Grill-Steaks auf den Marktständen Stadtgebiet einschränken wollen und verlangen dass die Metzger auf der Münstergasse zwingend Tofu-Burger im Sortiment führen müssen?

Der Gemeinderat wird höflich darum ersucht, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie nimmt der Gemeinderat dazu Stellung, dass ein privater Verein sich als Vormundschaftsbehörde in ökologischen Fragen aufspielt und den Stadtbernern verbietet, bei Mobility einen kleinen SUV zu mieten? Dies vor dem Hintergrund, dass die Abstellflächen von Mobility vermehrt auf öffentlichem Grund geschaffen wurden?
2. Wie wird sich der Gemeinderat in anderen Fällen verhalten, bei denen ein privater Verein dem Bürger ein angeblich ökologisch besseres Verhalten aufzwingen will?
3. Erachtet es der Gemeinderat nicht als problematisch, dass ein privater Verein, den potentiellen Nutzern die Miete dieses Fahrzeuges bei Mobility auf Stadtgebiet verbietet und hier den Nutzern Vorschriften betr. ihrer Fahrzeugwahl macht? Wenn Ja, was unternimmt der Gemeinderat dagegen? Wenn Nein, warum nicht?
4. Nimmt der Standort Bern nicht Schaden, wenn Vereine sich als neue Vormundschaftsbehörden aufspielen können und dem Bürger eigenmächtig Vorschriften betr. individueller Lebensführung durchsetzen können? Wenn Ja, was unternimmt der Gemeinderat dagegen? Wenn Nein, warum nicht?

Bern, 18. August 2016

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

¹ Der Fragesteller ist kein Audi-/VW- oder AMAG-Aktionär oder beteiligter an einer Garage und fährt auch privat kein Fahrzeug dieser Konzerngruppe.

Mitunterzeichnende: Roland Jakob, Roland Iseli, Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Roger Mischler, Kurt Rügsegger, Rudolf Friedli, Bernhard Eicher, Christophe Weder, Barbara Freiburghaus, Vivianne Esseiva